

Aktuelle Infos zur hessischen Bildungspolitik finden Sie unter:

www.spd-fraktion-hessen.de



„Und damit Sie, Herr Koch, sich gelegentlich an die Grundrechenarten erinnern, habe ich Ihnen diese einfache, sogenannte ‚Deutsche Schulrechenmaschine‘ mitgebracht. Sie hat blaue, gelbe, grüne, rote und weiße Kugeln und ist ein schönes Symbol dafür, dass Mathematik keine Frage des politischen Standpunkts ist. Diese Rechenmaschine soll Sie daran erinnern, dass weder Glaube noch Hoffnung noch gut geölter Ökonomenjargon die Grundrechenarten außer Kraft setzen.“

Impressum

Herausgeber: SPD-Landtagsfraktion, Schlossplatz 1-3, 65183 Wiesbaden
Tel.: 0611/350-519, Fax: 0611/350-511
www.spd-fraktion-hessen.de, info@spd-fraktion-hessen.de

Erscheinungsdatum: Februar 2010

Redaktion: Gert-Uwe Mende (V. i. S. d. P.), Pressestelle
Petra Tursky-Hartmann, Öffentlichkeitsarbeit
Martin Rabanus, Referent für Bildung

Gestaltung: augenfällig, Wiesbaden
Titelbild: Fotolia, Tomasz Trojanowski



WIE WEITER MIT DEM BILDUNGS- UND ERZIEHUNGSPLAN?

Gerhard Merz, MdB

Der Bildungs- und Erziehungsplan (BEP) hätte eine der großen bildungspolitischen Erfolgsgeschichten werden können. Der ebenso einleuchtende wie ehrgeizige Ansatz war, Bildungsziele und Erziehungsprozesse für die gesamte Kindheit zu definieren und die Arbeit der beteiligten Institutionen daran auszurichten

und aufeinander abzustimmen. Die Realität bleibt jedoch weit hinter

den hochgesteckten Ansprüchen zurück. Ursache ist, dass sich die Landesregierung von Anfang geweigert hat, zur Kenntnis zu nehmen, dass für die Umsetzung des BEP zusätzliche personelle Ressourcen in den Kinderbetreuungseinrichtungen und natürlich auch in den Grundschulen benötigt werden. Die durch die neue Verordnung über die Mindestvoraussetzungen in den Kinderbetreuungseinrichtungen erhöhten Personalstandards reichen gerade mal aus, um die auch sonst deutlich gestiegenen Belastungen in den Kitas abzudecken. Überdies findet im Moment hinter den Kulissen ein heftiger Kampf

zwischen Land und Kommunen über die Finanzierung dieser neuen Standards statt. Möglicherweise werden diese wieder ausgesetzt. Damit wäre natürlich auch die Arbeit am BEP in den Kitas gefährdet, einschließlich des Kita-Teils an der Tandembildung mit den Partner-Grundschulen.

DIE UMSETZUNG DES BILDUNGS- UND ERZIEHUNGSPLANS ERFORDERT ZUSÄTZLICHE PERSONELLE RESSOURCEN

Auf der Seite der Grundschulen sieht es nicht viel besser aus. Die in der Modellphase beteiligten Einrichtungen haben mit großem Engagement an der Fortentwicklung des Bildungs- und Erziehungsplans mitgearbeitet. Die für die Jahre 2008 und folgende angekündigte Umsetzung dieses Plans in der Fläche ist aber gescheitert, da das Land die notwendigen Begleitmaßnahmen nicht gefördert hat. Notwendig sind nicht nur flächendeckende Qualifizierungsmaßnahmen für Lehrkräfte und Erzieher/-innen. Erforderlich ist auch eine Anrechnung der Vorbereitungszeiten und ein

den neuen Aufgaben angepasster Personalschlüssel in den Kindergruppen.

Die SPD-Landtagsfraktion hatte deshalb die Landesregierung in einem Antrag aufgefördert, die Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans nicht länger zu verhindern und im Haushalt 2010 über die Bereitstellung finanzieller Mittel für die Träger der Kindertagesstätten die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen. Zusätzliche Stundenkapazitäten, die nicht zulasten der Grundunterrichtsversorgung gehen dürfen, sollen den Grundschulen für die Zusammenarbeit mit den Kitas zur Verfügung gestellt werden. Außerdem verlangt die SPD im Landtag, vom Konzept eines Schulvorbereitungsjahres Abstand zu nehmen, da dies erneut für Unruhe in den Kitas und Grundschulen sorgt. Beide Seiten haben mit der Umsetzung des Bildungs- und Erziehungsplans schon genug zu tun!

Leider wurde der Antrag der SPD-Fraktion im Hessischen Landtag abgelehnt!



KEIN REALSCHULABSCHLUSS

Lisa Gnadt, MdB

Die Verkürzung des Gymnasiums von neun auf acht Jahre („Turbo-Abi“ G8) wurde in Hessen schlecht vorbereitet und ist an vielen Stellen nicht durchdacht und unausgegoren. Mit einem besonderen Problem sind Schülerinnen und Schüler konfrontiert, die im verkürzten Gymnasium nach der Mittelstufe (jetzt also nach Klasse 9) von der Schule abgehen wollen. Sie stehen nur noch mit einem Hauptschulabschluss und nicht wie früher mit dem mittleren Abschluss da – mit entsprechenden Problemen bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz.

Die SPD setzt sich daher dafür ein, dass die Erlangung des Abiturs nach Klasse 12 durch eine Flexibilisierung der Oberstufe erreicht wird. Dies hat zur Folge, dass die Mittelstufe in ihrer bewährten Form bestehen bleibt. Bis diese Pläne umgesetzt sind, muss die Landesregierung zumindest dafür sorgen, dass Schülerinnen und Schüler des verkürzten Gymnasiums nach Klasse 9 einen der mittleren Reife gleichgestellten Schulabschluss erhalten, um ihnen umfassend Perspektiven für den Einstieg ins Berufsleben zu geben.

SCHULINFO

DER SPD-LANDTAGSFRAKTION HESSEN
ZUR BILDUNGSPOLITIK 2010





Die Bilanz eines Jahres schwarz-gelber Schulpolitik ist Beliebigkeit, Stillstand und Orientierungslosigkeit. Zwar wurden dringend notwendige Lehrerstellen geschaffen und wurde eine Verkleinerung der Klassen eingeleitet – aber dieses waren längst überfällige Schritte, die alle Landtagsfraktionen eingefordert hatten. Ansonsten überwiegen die Fragezeichen, wie die Schulen die komplexen Anforderungen an eine bessere Förderung aller Kinder bewältigen sollen. Chancengleichheit bleibt ein Fremdwort für die Landesregierung. Bei der Schulsozialarbeit gab es eine Rolle rückwärts – das Land ist trotz gegenteiliger Zusicherungen der CDU aus 2008 nicht bereit, sich finanziell zu beteiligen. Es gibt weiterhin kein verlässliches Ausbauprogramm für die Entwicklung von Ganztagschulen. Die Entscheidung, welche Schulen eine Förderung erhalten, müssen die Schulträger verantworten. Angesichts der geringen Zahl der neu zur Verfügung gestellten Stellen für Ganztagschulen bedeutet das, die Verantwortung abzuschieben. Die Einrichtung gebundener Ganztagschulen bleibt eine Option auf dem Papier. Die viel beschworene Selbstverantwortung der Schulen endet dort, wo diese eigene Spielräume nutzen und neue Ideen realisieren wollen. 2010 muss ein neues Schulgesetz vorgelegt werden. Es ist fraglich, ob dieses dazu beitragen kann, einen bildungspolitischen Aufbruch einzuleiten.

Heike Habermann, MdL
Bildungspolitische Sprecherin



EIN VERLORENES JAHR FÜR DIE BILDUNG IN HESSEN

SPD-Fraktionsvorsitzender Thorsten Schäfer-Gümbel, MdL

Statt sich mit Macht und Engagement um die Geschicke des Landes zu kümmern, bricht Roland Koch eine kaum erträgliche Debatte über Hartz-IV-Empfänger vom Zaun. Als „Faulenzer“, als „Drückeberger“ und als Menschen, die sich im Netz der sozialen Sicherheit ausruhen, stigmatisiert er sie.

Koch will damit vor allem von seiner miserablen Leistungsbilanz des letzten Jahres ablenken. Denn was hat sich am Beispiel des Schulbereichs denn substanziiell getan?

Es gibt keinen Fortschritt bei der Lehrerversorgung, keine Schulsozialarbeit, keinen Millimeter Bewegung bei der Frage der Selbstverantwortung von Schulen – egal ob bei den Beruflichen Schulen oder den allgemein bildenden Schulen. Stattdessen muss das Kultus-

ministerium erklären, dass die Bildungsstandards nicht fristgerecht zum Sommer kommen und dass die versprochene 105%ige Lehrerversorgung in weiter Ferne ist – und dies sind nur zwei Beispiele.

Nein, Roland Koch und die schwarz-gelbe Koalition sollten sich besser ein bisschen in Demut und Zurückhaltung üben. Sie sollten die vielen Hinweise und Anregungen aus dem politischen Raum und aus den Schulen ernst nehmen. Und sie sollten vor allem ihre Arbeit machen – für Hessen und die Schülerinnen und Schüler.

Die SPD sieht es als ihre Aufgabe an, immer wieder darauf hinzuweisen und die Regierung doch noch dazu zu bringen, wofür sie im Amt ist: nämlich um zu arbeiten!

Ihr
Thorsten-Schäfer-Gümbel, MdL
SPD-Fraktionsvorsitzender



QUO VADIS BERUFSSCHULE?

Dr. Michael Reuter, MdL

Wenn man die Diskussionen um die beruflichen Schulen verfolgt, dann dreht sich scheinbar alles nur um HessenCampus (HC) und Selbstverantwortung plus (SV plus). Dabei wird völlig übersehen, dass an beruflichen Schulen deren ursprüngliche Aufgabe, nämlich die Ausbildung im dualen System, mehr und mehr in den Hintergrund rückt und die beruflichen Schulen wegen der fehlenden Ausbildungsplätze und der unzureichenden Berufsorientierung der Schulabgänger vielmehr als Übergangssystem verstanden wird. Circa 30% des Unterrichts an beruflichen Schulen werden

in Schulformen erteilt, die als Übergänge in weiterführenden Berufsbildungsgänge oder als Warteschleifen anzusehen sind. Kultusministerin Henzler fordert gebetsmühlenartig die selbstständige Schule, die selbst über ihre, wie jedermann weiß, unzureichenden finanziellen und personellen Ressourcen entscheiden kann. Es ist höchste Zeit, sich darüber Gedanken zu machen, was eine moderne berufliche Schule an Angeboten vorhalten soll und wie diese Schule dafür dann personell und finanziell ausgestattet sein muss.



PROZENTRECHNEN SCHWACH

Heike Habermann, MdL

Auch im nächsten Schuljahr kommen Hessens Schulen den versprochenen 105 Prozent Lehrerversorgung keinen Schritt näher. 1.000 neue Lehrkräfte wurden im August 2009 eingestellt. Wer der Propaganda der letzten Jahre Glauben schenkte, musste erstaunt zur Kenntnis nehmen, dass die Kultusministerin selbst verkündete, jetzt sei die 100%ige Unterrichtsversorgung erreicht – da war keine Rede mehr von der oft strapazierten, längst erfüllten Unterrichtsgarantie. Aber wer glaubte, die 650 neuen Lehrkräfte, die 2010 an die Schulen kommen sollen, ergäben mehr als 100 Prozent, wird erneut enttäuscht. Die meisten dieser Stellen



KOSTENLOSES SCHULOBST FÜR ALLE

Brigitte Hofmeyer, MdL

Obwohl ein von der Europäischen Union ins Leben gerufenes Schulobstprojekt zum Sommer 2009 in allen Schulen hätte starten können, scheiterte es in Hessen an der fehlenden Co-Finanzierung durch die CDU/FDP-Landesregierung. „Aus diesem Ernährungsprogramm der EU würde Hessen rund 500.000 Euro erhalten – genug, um das Schulobst-Angebot in etwa einem Drittel der Schulen umsetzen zu können“, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Brigitte Hofmeyer. „Doch leider hat die Hessische Landesregierung die notwendige Restfinanzierung abgelehnt, sodass jetzt alle Schulen in Hessen leer ausgehen.“

Die SPD hat sich klar für das gesunde Schulobst ausgesprochen und einen Haushaltsantrag gestellt, um die fehlenden Mittel bereitzustellen. Mit der Ablehnung wird Kindern die Chance genommen, kostenlos frisches Obst zu erhalten. Gerade im Wissen, dass immer mehr Schülerinnen und Schüler ohne Frühstück bzw. ohne Pausenbrot in die Schule kommen und zunehmend Gesundheitsprobleme bei Kindern auftreten, wäre dieses kostenlose Obstangebot geradezu optimal gewesen. Hier wird eine Chance vertan, Kinder von Fastfood und Süßigkeiten abzubringen und ihnen dafür täglich frisches Obst anzubieten.

**KINDERN WIRD
DIE CHANCE AUF TÄGLICH
FRISCHES OBST
GENOMMEN**

werden für die personelle Ausstattung der doppelten Oberstufe gebraucht, die durch die missglückte Verkürzung der Gymnasialzeit von den Schulen bewältigt werden muss. Es bleibt weiterhin bei 100 Prozent. Der Vorschlag der Kultusministerin, die Schulen könnten zukünftig aus ihrem Personaltopf auch noch die Schulsozialarbeit finanzieren, ist deshalb zynisch – 105 Prozent Lehrerversorgung heißt der neue Rechenrick, um die Verantwortung für notwendige schulpolitische Maßnahmen auf die Schulen abzuwälzen und sie damit allein zu lassen.